

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

N^o 353.

Donnerstag den 19. December.

1867.

Im Namen der städtischen Collegien

ist an den Herrn General v. Knobelsdorff folgende Adresse gerichtet worden:

Hochwohlgeborener
Hochzuverehrender Herr Generalleutnant!
Ew. Excellenz

sind im Begriff, mit den unter Ihrem Commando stehenden Königlich Preussischen Truppen unerwartet schnell Leipzig zu verlassen, das wie wir hoffen Ihnen und Ihren Truppen bereits zur neuen Heimath geworden war. Die städtischen Körperschaften widmen Ew. Excellenz und den sämtlichen Herren Officieren, Unterofficieren und Mannschaften Ihrer Truppen hierdurch einen herzlichsten Abschiedsgruß verbunden mit dem Ausdruck des anerkanntesten Dankes für die Humanität und das freundliche Entgegenkommen, dessen wir uns von Ew. Excellenz sowohl, als Stadtcommandanten, wie von den Herren Officieren und Mannschaften des Regiments jederzeit zu erfreuen hatten. Das gute Einvernehmen, das sich zwischen dem Königlich Preussischen Militär und unserer Einwohnerschaft gebildet hat, ist ebenso der trefflichen Mannszucht, der taktvollen und umsichtigen Führung seitens der Herren Officiere zu danken, wie dem Geiste echter Bildung, der die ganze Truppe auszeichnet. Mögen Ew. Excellenz beim Scheiden sich überzeugt halten, daß Leipzig dem Militär Preussens, zu dem wir jetzt in so feste Beziehungen engster Gemeinschaft getreten sind, jederzeit eine ehrende und freundliche Gesinnung bewahren wird. Wir ersuchen Ew. Excellenz, der Vollmetze dieser unserer Gesinnung bei den sämtlichen Herren Officieren und Mannschaften der bisherigen Garnison zu sein. Unser Dank, unsere Anerkennung, unsere besten Wünsche begleiten die Scheidenden.

Genehmigen Ew. Excellenz die Versicherung ausgezeichnetester Verehrung, womit wir unterzeichnen
Leipzig, den 14. December 1867.

Der Rath und die Stadtverordneten.
Dr. E. Stephani. Hermann Joseph.

Schleifner.

Der Herr General empfing, umgeben von seinen Stabsofficieren, diese von Herrn Vicebürgermeister Dr. Stephani und Herrn Dr. Joseph ihm überbrachte Adresse, wobei Ersterer eine Ansprache an ihn hielt, und dankte für die ihm und seinen Truppen zu erkennen gegebenen Gesinnungen auf das herzlichste; insbesondere zollte er der Mitwirkung des Rathes zur Erhaltung eines guten Einvernehmens zwischen Militär und Einwohnerschaft seine Anerkennung.

Auf obige Adresse ist folgende Antwort eingegangen:

Leipzig, den 17. December 1867.

An den Wohlwollenden Rath der Stadt Leipzig.

Die Namens des Hochverehrten Rathes und der Herren Stadtverordneten von Leipzig mir gestern in Anlaß des bevorstehenden Abmarsches der Königl. Preussischen Truppen mündlich und schriftlich ausgedrückten Gesinnungen der Theilnahme und Bundesfreundlichkeit veranlassen zur Aussprache lebhaften und freudigen Dankes. Es ist der Inhalt jenes wohlwollenden Schreibens nicht allein zur Kenntniß des Officier-Corps und der Mannschaften gelangt; sondern ich habe dasselbe auch dem Herrn Kriegsminister v. Ron überhandt, damit Hohen und Allerhöchsten Ortes erkannt werde, welche acht bundesfreundlichen Gesinnungen innerhalb der hiesigen Bürgerschaft vorwalten.

Als Kommandant dieser durch Humanität, Intelligenz und Industrie gleichberühmten Stadt und als ältester Soldat der bisherigen Garnison gebührt es mir, den Gefühlen Worte zu geben, die uns beim Scheiden von Leipzig durchdringen.

Die Preussischen Truppen haben länger als 18 Monate eine zweite Heimath bei Ihnen gefunden. Die Opfer, welche die Stadt zu Gunsten ihrer Garnison zu bringen hatte, waren nicht unbedeutend. Sie wurden bereitwillig übernommen, und Officiere und Mannschaften erfreuten sich unausgesetzt der wohlwollendsten Aufnahme, des herzlichsten Entgegenkommens.

In gerechter Anerkennung dieses wahrhaft bundesfreundlichen Verhaltens der Bürgerschaft Leipzigs spreche ich Ihnen, als den erwählten Vertretern derselben, den wärmsten Dank der scheidenden Garnison aus und ersuche Sie, denselben in weiteren Kreisen zur Kenntniß zu bringen.

Möge Leipzig ferner blühen und gedeihen! Mit diesem Wunsche sagen wir Ihnen und Ihrer Vaterstadt ein ehrlich
gemeintes Lebewohl!

v. Knobelsdorff,
Königlich Preussischer General-Lieutenant.

Oeffentliche Verhandlungen der Stadtverordneten

am 29. November 1867.

(Auf Grund des Protokolls bearbeitet und veröffentlicht)

(Fortsetzung und Schluß.)

Herr Adv. Schilling berichtete sodann Namens des Verfassungsausschusses über folgende Zuschrift des Rathes:

„Wie unser Collegium selbst seit längerer Zeit schon in seinen Mitgliedern nicht vollzählig gewesen ist, ebenso ist seit ungefähr sechs Monaten die Arbeitskraft unserer Herren Actuarien in erheblicher Maaße in Anspruch genommen worden, weil der Eine derselben schwer erkrankt und zur Zeit noch keine Aussicht auf dessen Wiedereintritt vorhanden ist. Dieser bedauerliche Umstand legte uns im Interesse des ordnungsmäßigen Fortganges der Geschäfte die Verpflichtung auf, nach einem auskömmlichen zu verwendenden jungen Juristen uns umzusehen. Leider aber sind nicht nur diese Bemühungen völlig vergeblich gewesen, sondern wir haben dabei zugleich auch die Ueberzeugung gewonnen, daß wir unter den der-

maligen Amtsverhältnissen der städtischen Actuarien kaum noch wirklich tüchtige Bewerber um diese Aemter finden werden. Dies erläutert sich von selbst, wenn man erwägt, daß diese Beamten keine Aussicht auf ein nennenswerthes, den berechtigten Erwartungen eines wissenschaftlich vorgebildeten Mannes entsprechendes Vorwärtkommen, sei es in ihrer Stellung, sei es in ihrem Gehalte, haben, daß dagegen den in den Staatsdienst tretenden jüngeren Rechtsgelehrten die Hoffnung auf allmähliges Aufsteigen bis in die höchsten Staatsämter unverschlossen ist und daß nach den neueren diesfallsigen Bestimmungen dieselben noch vor Erledigung des Staatsexamens sehr bald nach bestandener erster Prüfung als Gerichtsreferendarien mit einem keineswegs zu geringen Gehalte im Staatsdienste Anstellung finden, weil die Zahl der hierzu qualifizirten Candidaten für diese Aemter kaum eine ausreichende ist. Von diesem neueren Verhältnisse werden nicht nur wir und uns gleichstehende Verwaltungen, sondern auch der Sachwalterstand schwer betroffen, indem beschäftigte Advocaten gegenwärtig nicht mehr die ausreichende Zahl von Hilfsarbeitern finden, überdies aber die, welche sich ihnen zur Verfügung darbieten, mit so hohen